



Dr. Thomas Ulmer MdEP

**Nicht die Bürger müssen sich auf die Suche nach EU-Informationen begeben,
sondern die Informationen müssen sich auf die Suche nach den Bürgern begeben!**

EuKommunal News (EuKN)

Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

17. Mai 2010

1. Kommunizierende Autos

Um den Amsterdamer Flughafen haben erstmals „kommunizierende“ Autos am normalen Straßenverkehr teilgenommen. Dabei wurden Technologien erprobt, die es ermöglichen, dass Autos untereinander und mit Verkehrsschildern, Ampeln oder Verkehrsleitzentralen kommunizieren. Die kooperative Mobilität soll die Wahrnehmung der Fahrer über das hinaus erweitern, was sie selbst sehen und hören können; dazu tauscht das Auto Informationen mit Fahrzeugen in der Umgebung sowie mit der Straßeninfrastruktur aus. So warnt ein hinter einer Kurve liegen gebliebenes Auto beispielsweise nachfolgende Fahrer, und Geschwindigkeitsbegrenzungen werden auf dem Armaturenbrett angezeigt, auch wenn der Fahrer das Verkehrsschild selbst nicht sehen kann. Der Praxistest der mit EU-Forschungsgeldern geförderten Neuentwicklungen sollte zeigen, dass eine auf die Kommunikation zwischen Fahrzeugen und Infrastruktur basierende Technologie funktioniert und dazu beitragen kann, den Straßenverkehr sicherer und energieeffizienter zu machen. Die für die neuen Technologien erforderlichen Normen sollen bis Ende 2013 vorliegen. Nach Einschätzungen der Kommission könnten die Autohersteller und -ausrüster Systeme im Bereich der kooperativen Mobilität bereits ab 2015 flächendeckend auf den Markt bringen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/353&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Umfassend zur Kooperativen Mobilität (Englisch) unter

<http://www.cooperativemobilityshowcase.eu/nl/en/pages/default.aspx>

2. Sozialansprüche ziehen mit

Seit dem 1. Mai 2010 folgen den EU-Bürgern beim Wohnortwechsel ins europäische Ausland auch die Sozialansprüche. Damit sind die Ansprüche im Bereich Krankenversicherung, Pensionsansprüche, Arbeitslosigkeit und Familienleistungen allen Europäern auch im europäischen Ausland garantiert. Diese neuen Richtlinien erleichtern die innergemeinschaftliche Mobilität für Arbeitskräfte, aber auch für junge Leute und Personen im Ruhestand.

Weiteres unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=787&furtherNews=yes>

Eingehende Informationen derzeit nur Englisch unter
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=850>

Deutsche Fassung ist angekündigt.

Umfassend zur Koordinierung der Sozialsysteme unter
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=26&langId=de>

Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) 883/2004, veröffentlicht im Amtsblatt unter
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:166:0001:0123:de:PDF>

3. Lebensqualität in den Großstädten

Es liegt eine neue Meinungsumfrage zur Lebensqualität in 75 europäischen Haupt- und Großstädten vor. Untersucht wurden die Bereiche Beschäftigungsmöglichkeiten, Wohnkosten, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Umweltverschmutzung, Bekämpfung des Klimawandels, Integration von Ausländern, Armut und Sicherheit. Aus Deutschland nahmen Berlin, Dortmund, Essen, Hamburg, Leipzig, München und Rostock und aus Österreich Wien und Graz an der Befragung teil. Die Befragung fand zwischen Oktober und November 2009 in 75 Städten in der gesamten EU sowie in Kroatien (Zagreb) und der Türkei (Ankara, Antalya, Diyarbakir und Istanbul) statt. In jeder Stadt wurden 500 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger befragt.

Die Presseerklärung der Kommission vom 05. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/518&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Eurobarometerumfrage (91 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/urban/survey2009_de.pdf

Zeitgleich mit dem Ergebnis der vorstehenden Meinungsumfrage wurden die ersten Ergebnisse eines europäischen Städtevergleichs veröffentlicht, an dem sich 372 große und mittlere Städte, darunter 40 deutsche Städte, beteiligt haben. Einbezogen wurden auch alle weiteren 235 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die sog. Urban-Audit-Daten, die bis auf Stadtteilebene gehen, können zum Teil bereits jetzt abgerufen werden unter

<http://www.kosis.de/urban-audit.html>

4. EU – Stadtpolitik

Der aktuelle Leitfaden zur städtischen Dimension in den EU-Politiken liegt jetzt auch in einer deutschen Fassung vor. In dem Leitfaden wird untersucht, wie Städte von EU-Politiken profitieren können, er geht den Auswirkungen von europäischen Politiken in städtischen Gebieten nach und bietet Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten.

Einleitung und Teil 1 (35 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/pdf/urbanguide1_de.pdf

und

Teil 2 (100 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/pdf/urbanguide2_de.pdf

5. Ältere Menschen

Es gibt eine Vielzahl von Bildungsprojekten für ältere Menschen. In einer aktuellen Veröffentlichung "Ältere Menschen aktiv in Europa" werden die Projekte vorgestellt, die durch das europäische Programm für Erwachsenenbildung GRUNDTVIG gefördert werden. Das Themenspektrum reicht vom intergenerationellen Austausch über die Beschäftigung mit Informations- und Kommunikationstechnologien bis hin zur politischen Partizipation von älteren Menschen.

Der Sammelband (104 Seiten) unter

[http://www.na-](http://www.na-bibb.de/uploads/publikationen_programm_lebenslanges_lernen/impuls_40_web.pdf)

[bibb.de/uploads/publikationen_programm_lebenslanges_lernen/impuls_40_web.pdf](http://www.na-bibb.de/uploads/publikationen_programm_lebenslanges_lernen/impuls_40_web.pdf)

6. Gesundheitsversorgung

Die Österreicher (95 %) und Deutschen (86 %) fühlen sich in den Händen ihrer Ärzte und Krankenhäuser gut aufgehoben. Bei einer Eurobarometererhebung zur Patientensicherheit und Qualität der medizinischen Versorgung konnte Belgien mit 97 % das beste Ergebnis auf der Wohlfühlliste verbuchen. Bei einem EU-Durchschnitt von 70 % zufriedener Patienten hält Österreich mit dem 2. Rang einen Spitzenplatz; Deutschland liegt mit dem 9. Rang im vorderen Drittel. 50 % der Befragten in der EU halten es für wahrscheinlich, dass Patienten durch eine Krankenhausbehandlung in ihrem Land zu Schaden kommen können. In Österreich und Deutschland sind es 19 % bzw. 31 %. Bei Behandlungen außerhalb eines Krankenhauses äußerten EU-weit 46 % ihre entsprechende Befürchtung (Österreich 24 %, Deutschland 29 %).

Eine Zusammenfassung der Umfrageergebnisse (35 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_327_sum_de.pdf

Die Gesamtumfrage (112 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_327_de.pdf

7. Kultur- und Kreativindustrie

Termin: 30. 07. 2010

Eine bessere Förderung der Kultur- und Kreativindustrie ist das Ziel einer Kommissionsinitiative. Diese Industrie umfasst die Sparten darstellende und angewandte Kunst, Kulturerbe, Film, Fernsehen, Radio, Musik, Verlagswesen, Videospiele, Neue Medien, Architektur, Design, Modedesign und Werbung. Mit einem Grünbuch und einem Online-Konsultationsverfahren wurde am 27. 04. 2010 diese Kommissionsinitiative gestartet. Zielgruppe sind in erster Linie Vertreter nationaler Behördendienste, Kommunal- und Regionalbehörden, die europäischen Institutionen sowie Wirtschafts- und Sozialpartner der Kultur- und Kreativindustrien, aber auch alle anderen interessierten Bürger. Insgesamt trägt die schnell wachsende Branche 2,6 % zum BIP der EU bei und sichert rund fünf Millionen Arbeitsplätze. Die Online-Konsultation läuft bis zum 30. 07. 2010.

Pressemitteilung der Kommission vom 27. 04. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/466&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Online-Konsultation unter

http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc2577_de.htm

Der Fragebogen unter

http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/questionnaire_de.pdf

Das Grünbuch (24 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/GreenPaper_creative_industries_de.pdf

8. Tourismus

Die Kommission will einen politischen Rahmen für eine europäische Tourismusstrategie erarbeiten. Ziel ist es, die EU als weltweit führendes Tourismusziel zu stärken und die Saisonabhängigkeit der Branche abzuschwächen, um damit Beschäftigungsverhältnissen in der Nebensaison zu erhalten. Presseberichten zufolge soll das z. B. dadurch geschehen, dass Menschen mit geringeren Einkommen finanzielle Unterstützung erhalten, um in der Nebensaison in den Urlaub fahren zu können. Nach Angaben der Kommission stellt die Tourismusbranche - ohne verwandte Sektoren - in der EU circa 8 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung, mit einem überproportionalen Arbeitsplatzangebot für junge Menschen. Mit dem Vertrag von Lissabon hat die EU erstmals eine spezifische Kompetenz im Tourismusbereich erhalten mit der Möglichkeit zur Annahme von Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/423&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiteres zur Tourismuspolitik der EU unter

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/index_de.htm

Erklärung der für den Tourismus verantwortlichen EU-Minister (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=5746&user_service_id=1&request.id=0

9. Dienstleistungsrichtlinie

Das deutsche Umweltrecht wird an die EU-Dienstleistungsrichtlinie angepasst. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde am 19. 04. 2010 in den Bundestag eingebracht. Die Richtlinie vom 12. 12. 2006 (2006/123/EG) macht Änderungen in neun deutschen Umweltgesetzen notwendig, u. a. dem Abwasserabgabengesetz, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem Bundesimmissionsschutzgesetz, dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und dem Wasserhaushaltsgesetz. Die Richtlinie schreibt u. a. eine „systematische Überprüfung des dienstleistungsrelevanten Rechts“ (Normenprüfung) vor. Gleichzeitig regelt sie Verfahren zur Bestellung von Sachverständigen etwa bei der Anerkennung von ausländischen Zulassungen. Zudem soll es nach der Richtlinie einheitliche Ansprechpartner für Fragen des Umweltrechts sowie eine einheitliche, elektronische Verfahrensabwicklung geben. Die Bundesregierung hat dazu bereits am 01. 03. 2010 eine entsprechende Verordnung (Drucksache 17/862) erlassen.

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung vom 19. 04. 2010 (BTDs 17/1393) unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/013/1701393.pdf>

Die Verordnung vom 01. 03. 2010 (BTDs 17/862) unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700862.pdf>

10. EU-Agrarreform

Die öffentliche Debatte über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU hat begonnen. Auf einer am 12. April freigeschalteten Internetseite kann die interessierte Öffentlichkeit bis Ende Juni 2010 ihre Vorstellungen über die Zukunft der europäischen Landwirtschaft nach Auslaufen der jetzigen EU-Finanzperiode (2013) darlegen. Nach den Vorstellungen des für Landwirtschaft zuständigen Kommissars Dacian Ciolos soll es zukünftig kein einheitliches europäisches Modell der Landwirtschaft mehr geben, um der Vielfalt der Landwirtschaft in den 27 Mitgliedstaaten besser Rechnung tragen zu können. Die öffentliche Diskussion soll sich um die folgenden vier Hauptthemen drehen:

- Wozu brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik der EU?
- Welche Ziele weist die Gesellschaft der Landwirtschaft in ihrer Vielfalt zu?
- Weshalb soll die GAP reformiert werden, und wie lässt sie sich an den Erwartungen der Gesellschaft ausrichten?
- Welche Instrumente benötigt die GAP von morgen?

Die erwarteten Beiträge werden von einer unabhängigen Einrichtung ausgewertet und die ersten Ergebnisse auf einer Konferenz am 19. Juli 2010 diskutiert. Für Ende 2010 ist dann eine Mitteilung über die Zukunft der GAP nach 2013 vorgesehen. Mit jährlich 56 Milliarden Euro Fördervolumen ist die Landwirtschaft der größte Posten im EU-Haushalt. Davon fließen 6 Milliarden Euro in deutsche Landwirtschaftsbetriebe.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/419&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Internetseite, die als Meinungsforum bis Ende Juni zur Verfügung steht, unter

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/index_de.htm

11. Arbeitszeitrichtlinie

Die Kommission hat die Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie wieder aufgenommen.

Im April 2009 war die Novellierung der Richtlinie nach 5 Jahren Verhandlungen gescheitert. Die Einigung scheiterte vor allem an der Frage, ob Bereitschaftszeit – insbesondere im Gesundheitssektor - als Arbeitszeit einzuordnen ist sowie an der Frage der Zulassung einer individuellen Ausnahmeregelung von der prinzipiellen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche („opt-out“). Bei dem neuen Anlauf hat die Kommission in einem ersten Schritt die Meinung der Sozialpartner darüber eingeholt, ob hinsichtlich der Änderung der Arbeitszeitrichtlinie ein neuer Anlauf auf Ebene der EU erforderlich ist und worauf sich eine solche Initiative beziehen sollte. Erst nach Auswertung der eingegangenen Antworten wird die Kommission entscheiden, ob das Verfahren wieder aufgenommen werden soll. Ggf. würde noch vor der Sommerpause in einem zweiten Schritt die formale Anhörung der Sozialpartner erfolgen.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/345&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Mitteilung der Kommission mit den Fragestellungen an die Sozialpartner unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=706&langId=de&intPageId=205> /

Dokumente/Deutsche Fassung

12. Alkoholexzesse

Beim Alkoholexzess werden die Deutschen und die Österreicher nur von den Iren und den Rumänen übertroffen.

Während 44 % der Iren angeben, mindestens einmal in der Woche exzessiv zu trinken, sind es bei den Rumänen 39 %; die Deutschen und Österreicher teilen sich mit 36 % den 3. Platz in der europäischen Alkoholrangskala. Die Engländer, Spanier und Griechen folgen mit jeweils 34 % - allesamt über dem EU-Durchschnitt von 29 %. Dabei wurde im Rahmen einer Eurobarometerumfrage das Trinken von fünf oder mehr alkoholischen Getränken hintereinander als „Alkoholexzesse“ definiert. Alkoholexzesse kommen in allen Altersgruppen vor, doch am häufigsten sind sie unter jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren verbreitet. 80 % der Deutschen sind für ein Verbot von Alkoholwerbung, die sich primär an junge Menschen richtet.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/455&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Eurobarometererhebung (Englisch 129 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/health/alcohol/docs/ebs_331_en.pdf

Bericht 2009 über die Umsetzung der EU-Alkoholstrategie (Englisch 62 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/health/archive/ph_determinants/life_style/alcohol/documents/alcohol_progress.pdf

13. Elektroautos

Die EU will bei Elektrofahrzeugen (einschließlich Hybridfahrzeugen) weltweit eine Spitzenstellung einnehmen.

Dieses Ziel soll durch Kaufanreize und eine Harmonisierung der Infrastruktur erreicht werden. In einem Strategiepapier der Kommission zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen werden zahlreiche technische Normen für Fahrzeuge mit Elektro-, Wasserstoff- oder Brennstoffzellenantrieb vorgeschlagen, die EU-weit bis 2012 verabschiedet werden sollen, so u. a. Normen für Stecker zum schnellen Aufladen von Batterien in Elektroautos und die Schaffung von intelligenten Stromnetzen. Zugleich wurden noch für 2010 Leitlinien für die Förderung der Anschaffung von energieeffizienten Fahrzeugen angekündigt. Angedacht sind insoweit Zuschüsse oder Steuererleichterungen bzw. eine EU-weit koordinierte Neuordnung der Kfz- und Energiesteuern. Anlass für die EU-

Aktivitäten sind nationale Alleingänge der EU-Staaten und der Vorsprung der USA und Chinas, die bereits an gemeinsamen Standards für Batterien arbeiten.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 28. 04. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/473&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Mitteilung der Kommission über „Eine europäische Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge“ vom 28. 04. 2010 (15 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/files/pagesbackground/competitiveness/com-2010-186_de.pdf

Alle geplanten Initiativen (Englisch) unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/153&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

14. Baulärm

Termin: 30. 06. 2010

Der Lärm von Baumaschinen ist Gegenstand einer Internetkonsultation. Die Konsultation läuft bis zum 30. 06. 2010 und betrifft alle zur Verwendung im Freien vorgesehenen Maschinen und Gerätschaften, z. B. Zementmischer, Bagger und Kompressoren. Insgesamt werden 50 verschiedene Maschinen und Geräte auf ihre Geräuschemissionen hinterfragt, um ggf. die EU-Vorschriften über Geräuschemissionen von Baumaschinen anzupassen.

Die Konsultation (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/mechanical/noise-outdoor-equipment/public-consultation/index_en.htm

15. Biodiversität

Beim Wissen über Biodiversität sind die Deutschen und Österreicher Spitze. Bei einer Eurobarometerumfrage zum Wissen über Biodiversität erreichten die Deutschen mit 88 % den 1. Platz, dicht gefolgt von den Österreichern mit 87 % auf Platz 2; der EU-Durchschnitt lag bei 66 %. Parallel zur Veröffentlichung der Eurobarometerumfrage hat die Kommission die Infokampagne „Biodiversität – das geht uns alle an“ gestartet, mit der EU-Bürger für dieses komplexe Thema sensibilisiert werden sollen. Die Zielsetzung der Kampagne ist es, die Vorteile der Biodiversität aufzuzeigen, ihr Verdienst und ihre Notwendigkeit für das ganze Ökosystem zu verdeutlichen und zu zeigen, was passiert, wenn immer mehr Tier- und Pflanzenarten verschwinden.

Die Eurobarometerumfrage (Englisch 98 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_290_en.pdf

Die Kampagne „Biodiversität – das geht uns alle an“ unter

http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/campaign/index_de.htm

16. CO₂-Ausstoß

500 Kommunen wollen den CO₂-Ausstoß um mehr als 20 % senken. Bürgermeister aus ganz Europa verpflichteten sich, ihren aktuellen CO₂-Ausstoß zu analysieren und darzulegen, wie sie eine weitere Absenkung erreichen wollen. Zugleich haben sich die Bürgermeister verpflichtet, ihre Maßnahmen zu evaluieren. Ferner verpflichteten sie sich, das Problembewusstsein der Bürger zu schärfen und bewährte Praktiken auszutauschen. Die Verpflichtungserklärung wurde auch von Bürgermeistern aus Deutschland (Böhl-Iggelheim, Fürstenfeldbruck, Hambergen, Lörrach, München, Osterholz-Scharmbeck, Teltow und Willich) und Österreich (Laxenburg und Wolfurt) unterzeichnet.

Pressemitteilung der Kommission vom 03. 05. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/486&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

17. Gefährliches Spielzeug

Der Anteil von gefährlichen Produkten aus China steigt weiter. 2009 stammten 60 % der als gefährlich eingestuften Produkte aus China und Hongkong; 2008 59 %, 2007 52 %, 2005 und 2006 49 % und 2004 38 %. Nach dem Jahresbericht 2009 des Frühwarnsystems der EU für gefährliche Produkte „RAPEX“ wurde die Liste der gefährlichen Produkte 2009 angeführt von Spielzeug mit 28 % (2008 32 %), gefolgt von Bekleidung/Textilien mit 23 % (2008 9 %). Eine zeitgleich mit dem RAPEX-Bericht vorgelegte EU-Marktstudie über die Sicherheit von 14.000 Spielzeugartikeln in 13 EU-Ländern kam zu dem Ergebnis, dass bei etwa 20 % des Spielzeugs Verstöße gegen die einschlägigen Sicherheitsbestimmungen vorliegen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/434&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der RAPEX-Bericht 2009 unter

http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/docs/2009_rapex_report_de.pdf

18. Wasserqualität

Die Nitratwerte in den Gewässern der EU sind rückläufig. Ein Kommissionsbericht über die Umsetzung der Nitratrichtlinie vom 09. 02. 2010 lässt eine Tendenz hin zu stabilen bzw. sinkenden Nitratkonzentrationen in der EU erkennen. Siehe Nachricht in EuKommunal News (EuKN) 05/2010 Nr. 11 vom 29. 03. 2010. Der Kommissionsbericht (13 Seiten) liegt nun auch in deutscher Fassung vor unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0047:FIN:DE:PDF>

19. Grundschule

Grundschulern soll Europa kindgerecht vermittelt werden. Dafür sind jetzt in 2. Auflage Unterrichtsmaterialien erschienen, die aus 21 Arbeitsblättern und einem 16-seitigen Lehrerheft bestehen. Die Materialien „Entdeckt Europa – Europa in der Grundschule“ können fachübergreifend für Schüler der Grundschule und Orientierungsstufe im Alter von 6 bis 12 Jahren (1. bis 6. Klassenstufe) eingesetzt werden. Die Materialien unter

www.entdeckt-europa.eu

20. Studentenmobilität

Die Mobilität der Studierenden soll weiter gefördert werden. Nach einem Antrag der Regierungsfractionen im Bundestag soll die Bundesregierung die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern noch mehr unterstützen. Gefördert werden sollten deshalb Austausch-, Studien- und Forschungsprogramme und die Internationalisierung der Hochschulen. Es soll auch geprüft werden, ob die Bezugsregelungen innerhalb des BAföG noch weiter an die Realitäten des Bologna-Studiums angepasst werden müssen.

Der Antrag im Bundestag (Drucksache 17/905) unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700905.pdf>

21. Ombudsmann

Die EU-Behörden haben ein Transparenzproblem. Nach dem Jahresbericht 2009 des Europäischen Ombudsmanns betrafen 2009 mehr als ein Drittel der Beschwerden mangelnde Transparenz. Dazu gehörte die Verweigerung von Informationen oder Dokumenten. Andere Formen schlechter Verwaltung umfassten verspätete Zahlungen für EU-Projekte, mangelnde Fairness, Machtmissbrauch und Diskriminierung. Im Jahr 2009 erhielt der Ombudsmann 3098 Beschwerden von EU-Bürgern, Unternehmen, Nicht-Regierungsorganisationen und Verbänden (3406 in 2009). In rund 80 % der Fälle konnte er

helfen, durch das Eröffnen einer Untersuchung, die Weiterleitung an die zuständige Behörde oder durch das Erteilen von Rat, an wen sich Beschwerdeführer wenden können. Die meisten Untersuchungen, die 2009 eröffnet wurden, betrafen die Europäische Kommission (56 %), gefolgt vom Europäischen Parlament (11 %), dem Amt für Personalauswahl (9 %), dem Rat (4 %) und dem Gerichtshof der EU (3 %). Im Verhältnis zur Bevölkerung wurden die meisten Beschwerden aus Luxemburg, Malta, Zypern und Belgien eingereicht.

Die Pressemitteilung vom 29. 04. 2010 unter

<http://www.ombudsman.europa.eu/press/release.faces/de/4804/html.bookmark>

Ein Überblick (6 Seiten) zum Jahresbericht 2009 unter

<http://www.ombudsman.europa.eu/activities/annualreports.faces;jsessionid=6AF32AD5CE782815E59DF04EC754F769>

Unter vorstehender Internetadresse ist auch der komplette Jahresbericht (100 Seiten) auf Englisch abrufbar, der für Juli in allen Amtssprachen angekündigt worden ist.

22. Beihilfe- und Vergaberecht

Das EU-Beihilfe- und Vergaberecht begrenzt den kommunalen Handlungsspielraum, steigert den administrativen Aufwand und die Kosten im Vergabebereich. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Auftrag des Europaministers von NRW (Stadttor 1, 40190 Düsseldorf) erarbeitete Studie. Sie gibt einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Daseinsvorsorge in Deutschland und der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa. Des Weiteren werden die Ergebnisse einer empirischen Erhebung in NRW über die Auswirkungen insbesondere des europäischen Beihilferechts und Teilen des Vergaberechts auf die kommunale Daseinsvorsorge in den Bereichen Abwasser, Abfall und Krankenhäuser dargestellt.

Die Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes von NRW, über die die Studie (114 Seiten) abrufbar ist, unter

<http://www.kommunen-in-nrw.de/mitgliederbereich/mitteilungen/detailansicht/dokument/gestaltung-kommunaler-daseinsvorsorge-im-europaeischen-binnenmarkt.html>

23. Vertrag von Lissabon

Die konsolidierte Fassung des Vertrags von Lissabon ist im Amtsblatt veröffentlicht worden; ebenso der Vertrag über die Arbeitsweise der EU, die Protokolle und Anträge, sowie die Charta der Grundrechte.

Das Amtsblatt C/83 vom 30. 03. 2010 (408 Seiten) unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:FULL:DE:PDF>

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Wilhelmstraße 60, Zi. 0.61 10117 Berlin / Telefon +49-30-22775974 / Telefax +49-30-22776958